

Reinhard Kramer

Politische Kultur und Politische Bildung

Was heißt „politische Kultur“?

Was genau gemeint ist, wenn jemand von „politischer Kultur“ spricht, ist in den meisten Fällen nicht mit Sicherheit zu sagen, zu unterschiedlich sind die Auffassungen, die den Begriff inhaltlich auffüllen.¹ „Mit dem Begriff politische Kultur bezeichnet man den Zustand der Politik in einem bestimmten Land. Diese politische Kultur kann (mehr oder weniger) demokratisch oder diktatorisch sein, sie kann autoritär oder totalitär sein.“² Diese Definition aus einem für die Jugend bestimmten Lexikon ist zu ergänzen. Im alltags-sprachlichen Sinn steht jene Bedeutung stärker im Vordergrund, die auf die Qualität der Kommunikation in und zwischen den politischen Parteien und deren RepräsentantInnen Bezug nimmt. Der Begriff politische Kultur kann aber auch in Hinsicht auf die generellen und stabilen Anschauungen und Einstellungen der Bevölkerung eines Landes zu politischen Fragen verwendet werden und kennzeichnet so Verhaltensweisen und Meinungsbilder, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit bei der Diskussion politischer Probleme und deren Lösung aufzutreten pflegen. Der Begriff kann darüber hinaus stärker auf die dominierenden und ebenfalls relativ schwer veränderlichen weltanschaulichen Einstellungen und ideologischen Positionen der Bevölkerung eines Landes abzielen.

**Zustand der
Politik**

**Weltanschau-
ung und Ideo-
logie**

Eine spezifische, nicht selten verwendete Definitionsvariante bezieht sich auf die Einstellung von (maßgeblichen) Teilen der Bevölkerung zum herrschenden politischen System und zu dessen VertreterInnen sowie auf den Grad der Bereitschaft, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen und die demokratischen Rechte wahrzunehmen – etwa die Neigung zur Wahlbeteiligung. Eines dieser Teilverhältnisse zwischen BürgerInnen und Politik, dem für pädagogische Überlegungen besondere Relevanz zukommt, betrifft die Jugendlichen, ihre Interessen und Werthaltungen und ihre Bereitschaft, politisch zu denken und an politischen Prozessen mitzuwirken bzw. an der Lösung von Problemen teilzuhaben.

**Einstellung
zum herr-
schenden
politischen
System**

Wenn die politische Kultur positiv verändert werden soll, dann wird auch eine ihrer wesentlichsten Bedingungen zu verändern sein: die politische Partizipationsbereitschaft der Jugend und damit das Niveau der ihr zur Verfügung stehenden politischen Kompetenzen.³

**Partizipations-
bereitschaft
der Jugend**

Auf das Erscheinungsbild politischer Kultur wirkt sich das Ergebnis der politischen Sozialisation prägend aus, die Jugendliche in den unterschiedlichen Erziehungs- und Bildungsinstanzen durchlaufen haben. Politische Kultur wandelt sich dann, wenn sich die Haltung und Einstellung von größeren Teilen ihrer Träger, etwa jene der jungen Generation, verändert.⁴ Die Tatsache der Veränderbarkeit ist nicht zuletzt die Begründung dafür, warum Politischer Bildung im schulischen Sozialisationsprozess so große Bedeutung zugemessen wird.

Die Wandlungen der politischen Kultur in Österreich

**1950er-Jahre:
Lagerdenken** In Österreich haben sich die Paradigmen politischer Kultur seit 1945 schon mehrmals geändert:⁵ In den 1950er-Jahren war die politische Kultur noch vor allem dadurch gekennzeichnet, dass die ÖsterreicherInnen in überwiegender Zahl recht eng an je eines der beiden politischen Lager gebunden waren, wobei das Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien damals konsensorientiert war. Diese starren und den ZeitgenossInnen als unveränderlich erscheinenden politischen Konstellationen im Verein mit den erzieherischen Bemühungen einer Elterngeneration, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit Politik an eine Sinnhaftigkeit politischen Engagements nicht so recht glauben wollte, hat ein politisches Interesse der Jugend in den 1950er-Jahren nicht befördert.

**Identifikation
mit Lagern
nimmt ab** In den 1960er- und 1970er-Jahren nahm die Identifikation mit einer der beiden großen Parteien insgesamt ab. Es wurde zunehmend möglich, dass neue Zusammenschlüsse die politische Landschaft umgestalteten und veränderten. Diese Verflüssigung der politischen Konstanten und der in Österreich zwar politisch marginale, aber doch registrierte Protest der StudentInnenbewegung lenkte das Interesse der Jugendlichen stärker auf bislang wenig beachtete Bereiche der Politik, wobei dieses Engagement freilich weitgehend auf SchülerInnen- und StudentInnenkreise beschränkt geblieben ist.

**Zarte
Proteste**

**Mehr Beteili-
gung, aber
auch mehr
Skepsis** Die 1980er-Jahre stehen für sporadische Partizipationsformen, für eine Hinwendung zu BürgerInneninitiativen und partikularen und anlassbezogenen Protestformen bei gleichzeitigem Sinken der Wahlbeteiligung und eine in den 1990er-Jahren noch zunehmende Skepsis gegenüber staatlicher Intervention.

Bildung ausschlaggebend für politisches Bewusstsein

**Schulische
Sozialisation**

Politische Kultur wird von den Menschen getragen und bestimmt. Für ihr jeweiliges Erscheinungsbild sind also unterschiedliche Faktoren verantwortlich, die die Einstellungen und Haltungen zur Politik prägen. Einer davon ist die schulische Sozialisation der Jugend. Für die Qualität und Quantität der politischen Informiertheit des Individuums und für seine Bereitschaft zur politischen Partizipation, für sein politisches Bewusstsein also, ist Bildung der wesentlichste Faktor.⁶ Das bewusste Bewahren und/oder das rationale Verändern des gesellschaftlichen und politischen Gesamtgefüges oder einiger seiner Teilbereiche ist auf Erkenntnisse angewiesen, die nicht zuletzt die Ergebnisse historisch-politischen Lernens sind.

Politische Handlungskompetenz im Sinne einer Teilhabe an den Einrichtungen der Demokratie, Urteilskompetenz durch Kritikfähigkeit gegenüber politischen Entscheidungen, Entwicklung differenzierter Konzepte von politisch relevanten Prozessen und Institutionen ist abhängig von den Lerngelegenheiten und den durchlaufenen Bildungsprozessen.

**Bildungsgrad
korrespondiert
mit politischer
Repräsentation**

Ein geringer Grad an Bildung korrespondiert in der Regel mit niedrigerem Einkommen und größerer Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit. Er schafft aber auch größere Distanz zur Politik. Dadurch sind Menschen mit niedrigem Bildungsstand in politischen Gremien und in den unterschiedlichsten Vereinen und Organisationen meist stark unterrepräsentiert. Besonders dort, wo die Zivilgesellschaft Entscheidungen direkt an die BürgerInnen delegiert, wo es um die Durchsetzung von (Partikular-)Interessen geht – etwa bei der Festlegung des Verlaufs neuer Straßen und Hochspannungsleitungen oder der Entscheidung in Fragen der Orts- oder Stadtgestaltung –, können sich die durch Bildungsmangel benachteiligten Gruppen weniger durchsetzen.

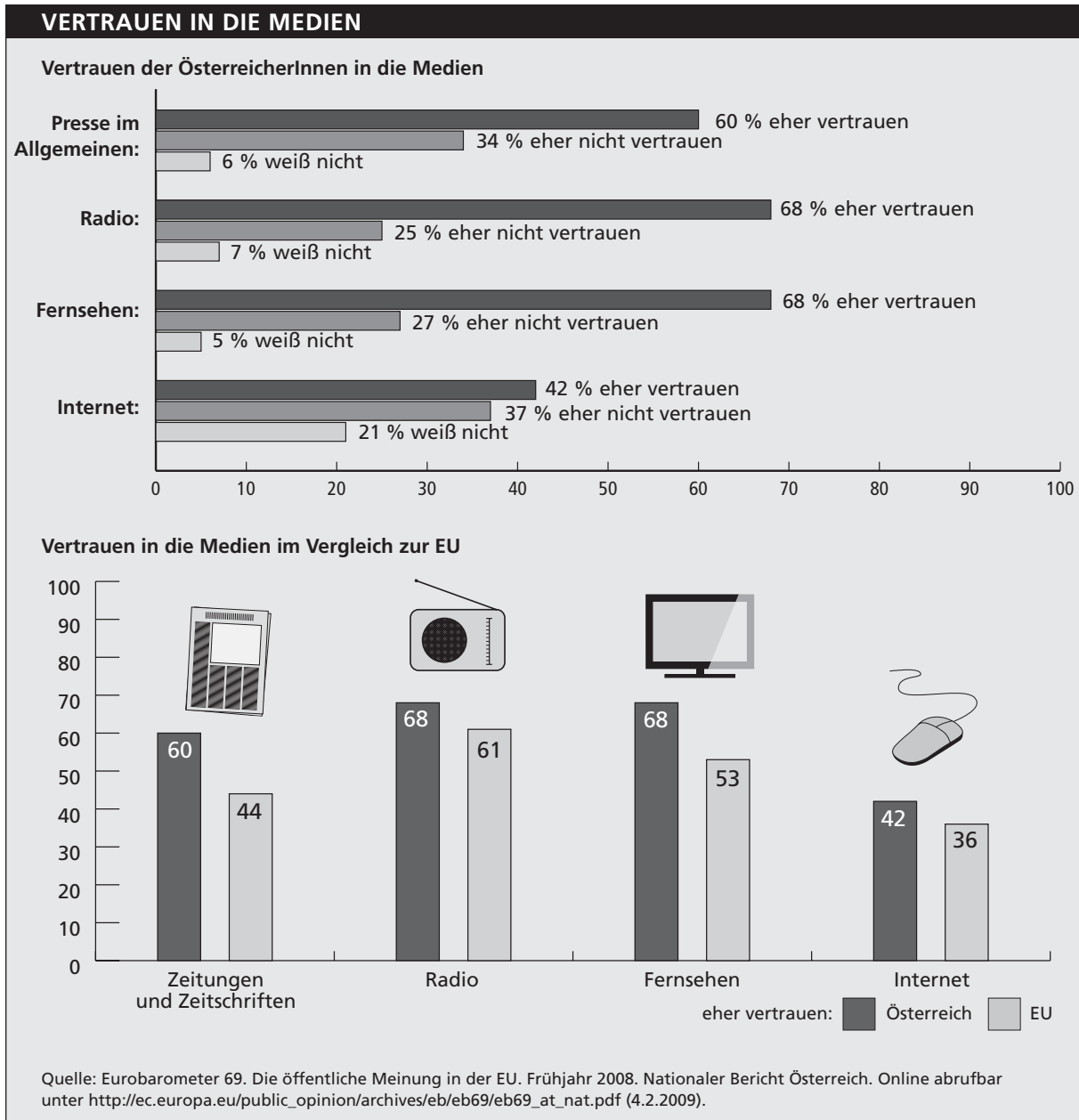
Politische Unmündigkeit durch unkritischen Medienkonsum⁷

**Gefahr der Be-
vormundung**

Wer von politischer Information und Kommunikation nicht erreicht wird oder mit Politik nur über undifferenzierte Berichterstattung des Boulevardjournalismus Kontakt zu halten

imstande ist, der koppelt sich von der Informationsgesellschaft sozial und politisch ab. Die prinzipiell gegebene Abhängigkeit des Individuums von den Medien in Bezug auf politische Information trifft weniger Gebildete ungleich mehr: Sie können sich der Bevormundung weniger entziehen. Medien sind für die politische Kultur eines Landes von ausschlaggebender Bedeutung, da sie größten Einfluss auf die politische Sozialisation ausüben. Der problematische Wandel von einer parlamentarisch-repräsentativen zu einer medial-repräsentativen Demokratie ist jedenfalls in Österreich schon weit fortgeschritten.

Ausschlaggebende Bedeutung der Medien



Im EU-Vergleich hat die Bevölkerung in Österreich ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen in die Printmedien und generell ein höheres Vertrauen in die Medien. So vertrauen knapp zwei Drittel (60 Prozent) der ÖsterreicherInnen den Zeitungen und Zeitschriften. EU-weit liegt diese Quote lediglich bei 44 Prozent.

Im Bereich der Rundfunkmedien (Fernsehen und Radio) liegt das Vertrauen der ÖsterreicherInnen in beide bei 68 Prozent. Im EU-Schnitt liegt das Vertrauen in das Radio bei 61 Prozent und in das Fernsehen bei 53 Prozent.

42 Prozent der ÖsterreicherInnen vertrauen dem Internet. EU-weit liegt diese Quote bei 36 Prozent.

Rückschlüsse für die Politische Bildung

Kritikfähigkeit durch Urteils- und Methodenkompetenz fördern

**Kritische
Rezeption
ermöglichen**

Aus dem bisher Gesagten lassen sich einige wichtige Rückschlüsse für die schulisch vermittelte Politische Bildung ziehen. Eine politische Kultur, die von einer Mündigkeit und möglichst hohen Autonomie des/der Einzelnen gegenüber der medialen Präsentation von Politik gekennzeichnet ist, schafft erst die Bedingungen dafür, dass die politischen Entscheidungen auch dort getroffen werden können, wo es die Verfassung vorsieht: in den vom Volk gewählten Gremien und Institutionen. Sie bedingt auch, dass diese nicht zu Vollzugsorganen der veröffentlichten Meinung einer durch Konzentration politisch richtungweisend gewordenen Presse werden. Dem wird nur dadurch entgegengewirkt werden können, indem Jugendlichen im Verlauf politischer Bildungsprozesse ausreichend Gelegenheit gegeben wird, politische Urteilskompetenz zu entwickeln. Politikbezogene Methodenkompetenz stellt ihnen jene Fähigkeiten zur Verfügung, die es erlauben, politische Informationen und Kommentare kritisch zu rezipieren.

Verlust des Vertrauens in die nationale Politik erkennen und darauf reagieren

**Internationalisierung und
Globalisierung von
Wirtschaft und Politik**

Die durch die zunehmende internationale Verflechtung erhöhte Komplexität des Politischen macht vielen Menschen Angst. Internationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft und Politik haben zur Folge, dass Arbeitslosigkeit, Umweltgefährdung und Umstrukturierung sozialer Sicherungssysteme nicht mehr allein auf lokaler und regionaler, viele auch nicht auf staatlicher Ebene zufriedenstellend gelöst werden können. Dies setzt die demokratische Kultur eines Landes einer Belastungsprobe aus, denn die überzogenen und unrealistischen Erwartungen, die an die nationale Politik gerichtet werden, müssen enttäuscht werden. Mit dem damit verbundenen Vertrauensverlust in die Problemlösungskompetenz nationaler politischer EntscheidungsträgerInnen ist auch eine – oft irrationale – prinzipielle Geringschätzung nationaler PolitikrepräsentantInnen verbunden.

Versachlichung und Entemotionalisierung der Urteilsbildung

**Angst vor
Verlust von
Identität**

Neben einer Verminderung der Akzeptanz politischer Regelungsmechanismen auf nationaler Ebene sind für viele Menschen noch weitere Verunsicherungen gegeben: Die gemeinsame Währung etwa wurde von vielen als Verlust von Identität gesehen und das Zusammenleben mit immer mehr Menschen aus anderen (europäischen und außereuropäischen) Kulturen verlangt ein Maß an Fremdverstehen, Toleranz und gegenseitiger Akzeptanz, das viele offensichtlich überfordert. Ohne Politische Bildung ist Abhilfe schwer denkbar, eine Versachlichung und Entemotionalisierung der Urteilsbildung junger Menschen ohne Erwerb der entsprechenden Kompetenzen ein kaum zu erreichendes Ziel.

Veränderungen in der Lebenswelt Jugendlicher berücksichtigen

**Verlust der
Sicherheiten
in traditionellen
Milieus**

Dazu kommen Veränderungen in den Lebenswelten und -bedingungen heutiger Jugendlicher. Hervorgerufen durch den Prozess der Verstädterung und die verlangte Flexibilität bei der Wahl des Arbeitsplatzes erleben junge Menschen oft einen Verlust der durch traditionelle Milieus gegebenen Sicherheiten. Der Rückgang der Kohäsionskraft schichtspezifischer Solidarität in der Konkurrenzgesellschaft hat zudem die sozialen Netzwerke und Sicherungsmechanismen reduziert und erschwert ein optimistisches Lebensgefühl der Jugend. Der Markt für WelterklärerInnen, politische Heilslehren und religiöse Fundamentalismen wird immer größer, ihr Angebot attraktiver. Politische Bildung kann das Instrument sein, um diesem Prozess entgegenzuwirken: durch bessere Orientierung in der politischen, ökonomischen und sozialen Komplexität, durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsalternativen für den oder die Einzelne/n.

Politische Kultur ist auf offenen Diskurs angewiesen

Eine von den Grundsätzen demokratischer Pluralität gekennzeichnete politische Kultur ist darauf angewiesen, dass auch die nächsten Generationen bereit sind, sich an der Lösung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte zu beteiligen, dass sie Verantwortung zu übernehmen bereit und dabei imstande sind, über den Horizont der eigenen Interessen hinauszublicken. Diese Fähigkeiten und Bereitschaften haben Voraussetzungen: Wenn sich die einzelnen SchülerInnen über politische Werte, Einstellungen und Meinungen nicht gleichberechtigt austauschen können, werden sie die eigenen Positionen und Interessen kaum reflektieren und differenzieren, die Strukturen politischer Willensbildung nicht durchschauen und daher auch die Partizipationsmöglichkeiten nicht erfassen.

Nächste Generationen in der Pflicht

Voraussetzungen für Diskurs schaffen

Entwicklung und Pflege einer „Streitkultur“

Eine Politikverdrossenheit, die sich in einer Pauschalverurteilung und -ablehnung „der Politiker“ konkretisiert, ist demokratiepolitisch bedenklich – eine grundsätzlich kritische Einstellung zur Praxis der Politik, die aber fähig ist, zu differenzieren und Politik und PolitikerInnen nach ihren jeweiligen Maßnahmen und Haltungen zu beurteilen, gehört hingegen zu den wichtigsten positiven Komponenten einer politischen Kultur. Die in einer Demokratie notwendige Entwicklung und Pflege einer „Streitkultur“ als Voraussetzung vernünftiger Problemlösungsverfahren und Kompromissbildung braucht junge Menschen, die zu differenzieren imstande sind: Wenn jedwede Auseinandersetzung zwischen Parteien unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung als bloßer „Streit“ diffamiert wird und jede Meinungsverschiedenheit ausschließlich der charakterlichen Unzulänglichkeit der KontrahentInnen angelastet wird, dann schadet das letztlich der politischen Kultur. Haben Schüler und Schülerinnen aber Gelegenheit, ihre Urteils- und Handlungskompetenz weiterzuentwickeln, dann werden politische Kontroversen als das gesehen werden können, was sie in Wirklichkeit sind: die in einer pluralen Gesellschaft ebenso mühsamen wie notwendigen Strategien der Kompromissfindung und Konfliktlösung. Politische Untätigkeit und Inkompetenz werden davon unterschieden werden müssen.

Pauschale PolitikerInnen-schelte bedenklich

Differenzierung notwendig

Strategien der Kompromissfindung und Konfliktlösung

Eine demokratisch bestimmte politische Kultur erfordert ständige Lernprozesse. Die Schule kann dazu nur den Anstoß geben, aber dass „historisches und politisches Lernen für die Tradierung, Erschließung und Konstitution von politischer Kultur und ihren vielfältigen Erscheinungsformen unverzichtbar sind“⁸, darüber sollte kein Zweifel bestehen.

Didaktische Konsequenzen⁹

Notwendigkeit eines kompetenzorientierten politischen Unterrichts

Politische Bildung wird nur dann einen positiven Effekt auf die politische Kultur in Österreich ausüben, wenn die Lernenden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften erwerben können, die es ihnen ermöglichen, sich im Bereich des Politischen kompetent zu bewegen. Sei es, dass sie ihre Urteile reflektierter und kontrollierter treffen lernen, sei es, dass sie methodische Fähigkeiten entwickeln, um politische Statements kritisch analysieren zu können: Sie werden lernen, sich dort „einzumischen“, wo es ihre Interessen oder die Solidarität mit den Interessen anderer erfordern. Voraussetzung ist ein Unterricht, der sich konsequent am Erwerb dieser Kompetenzen orientiert. Eine Reduzierung auf die Vermittlung von Wissen kann den Ansprüchen schon deshalb nicht gerecht werden, weil aus Wissen nicht notwendigerweise eine Veränderung des politischen Verhaltens resultiert.

Erwerb von Kompetenzen, nicht nur Wissen

Schuldemokratie als „Probephöhne“

Die Schule funktioniert im Rahmen der Politischen Bildung wie eine Probephöhne. Sie bietet Raum, Demokratie im Kleinen zu leben. Jede Form der ungerechtfertigten Herrschaftsausübung hat dort keinen Platz mehr und die notwendigen und wichtigen Regeln für das

Gelebte politische Kultur im Kleinen

Praxis in der Klasse	Zusammenleben werden unter Beteiligung von VertreterInnen aller davon betroffenen Gruppen festzulegen sein. Alles, was die politische Kultur in wünschenswerter Weise kennzeichnet, darf von der Praxis im Klassenzimmer oder im Schulgemeinschaftsausschuss nicht konterkariert werden.
Respekt und gleichberechtigte Kommunikation	Junge Menschen können nur dann ihre eigene Würde wahrnehmen, wenn ihnen LehrerInnen spürbar mit Respekt begegnen, mit Respekt auch dann, wenn sie sich in ihren Haltungen, Einstellungen und Urteilen von denen der Lehrenden unterscheiden. Wertschätzung für die SchülerInnen zu empfinden und diese auch sichtbar zu machen, ist für die Glaubwürdigkeit des politischen Unterrichts ebenso wichtig wie die gleichberechtigte, „symmetrische“ Kommunikation zwischen allen am Lehr- und Lernprozess Beteiligten. ¹⁰
Vermittlung von Kompetenzen ein langfristiges Unternehmen	Ein Lehrer/eine Lehrerin, der/die den Unterricht in der Politischen Bildung ernst nimmt, muss wissen, dass mit einem „Aufschub der Gratifikation“ insofern zu rechnen ist, als vieles nur initiiert und für einiges nur die Voraussetzungen geschaffen werden kann. Wissen ist auf Reproduktion angelegt, der Lehr-„Erfolg“ wird für den/die Lehrende(n) dadurch mehr oder weniger schnell und deutlich fassbar. Den Schülern und Schülerinnen beim Kompetenzerwerb zu helfen, ist ein langfristiges Unternehmen und nicht selten ist das Aufgehen der Saat oder gar das Einbringen der Ernte von den LehrerInnen nicht mehr zu beobachten. Dieser späte Erfolgsnachweis ist in Rechnung zu stellen und sollte kein Grund sein, den langfristigen Erfolg des Bemühens prinzipiell zu bezweifeln.
Kompetenzen für die Lösung der Konflikte	SchülerInnen müssen lernen, mit einigen Konflikten, die die politische Kultur in Österreich prägen, zu leben, es wird ihnen abverlangt werden, zu ihrer Lösung beizutragen. Der Generationen- und Geschlechterkonflikt, die ethnischen und die sozialen Konflikte, die veränderte Beschäftigungssituation und das Problem der (scheinbaren) Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie ¹¹ : Wie anders als durch kompetenzorientierte Politische Bildung sollen Jugendliche die für ihre Bewältigung benötigten Kompetenzen erwerben?

Reinhard Krammer, Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr.

1973–1992 Lehrer an der Handelsakademie II in Salzburg, Lehrbeauftragter an der PÄDAK, am PI Salzburg und an der Universität Salzburg. Ab 1992 Fachdidaktiker am Institut für Geschichte der Universität Salzburg. Ab 2001 Leiter des Teilprojektes „Unterrichtsanalyse und Unterrichtsprofilierung“ des Internationalen Projekts „FUER Geschichtsbewusstsein“. Februar 2004 Habilitation im Fach Geschichtsdidaktik.

- 1 Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse, in: Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen 1987. Identität und politische Kultur. Stuttgart 2003, S. 110–126.
- 2 Gärtner, Reinhold: Politiklexikon für junge Leute. Unter Mitarbeit von Sigrid Steiniger. O.O., o. J. (2008), S. 193.
- 3 Vgl. dazu Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung (= Informationen zur Politischen Bildung 29). Innsbruck–Bozen–Wien 2008, S. 5–14.
- 4 Zur entsprechenden Entwicklung in Deutschland vergleiche etwa Eilfort, Michael: Politische Partizipation und politische Kultur in Deutschland und seinen Regionen: Wandel wie Kontinuität, in: Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Identität und politische Kultur. Stuttgart 2003, S. 195–202.
- 5 Pelinka, Anton: Konkordanzdemokratie am Ende?, in: Zur politischen Kultur in Österreich. (Dis-)Kontinuitäten und Ambivalenzen. Innsbruck o. J. (1994), S. 9–23.
- 6 Vgl. z.B. Almond, Gabriel A.: Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen 1987.
- 7 Siehe dazu auch den Beitrag von Peter Filzmaier in diesem Band.
- 8 Claußen, Bernhard: Historische Sozialisationsmuster in Deutschland, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen 1987, S. 155–165, hier S. 155.
- 9 Siehe dazu auch den Beitrag „Welches Wissen benötigt die politische Bildung?“ von Günther Sandner in diesem Band.
- 10 Schiele, Siegfried: Politische Bildung und Werteeziehung, in: Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Identität und politische Kultur. Stuttgart 2003, S. 64–73.
- 11 Pelinka, Konkordanzdemokratie, S. 22–23.